



Presseinformation

Nr. 204 / 2014

Kiel, Montag, 12. Mai 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschule / Rückkehroption der Wissenschaftsministerin

Christopher Vogt: Je länger der Ministerpräsident an Frau Wende und ihrem unterirdischen Gesetzentwurf festhält, umso schwerer lastet diese Krise auch auf ihm

Zur aktuellen Diskussion über die Sondervereinbarung zwischen Wissenschaftsministerin Wende und der Universität Flensburg erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Das Maß ist wirklich voll. Dieser Vorgang belegt nicht nur das fehlende politische Gespür der Ministerin, er macht auch noch einmal deutlich, wie zutreffend unser Vorwurf der Befangenheit ist. Auch der Verzicht der Ministerin auf die Inanspruchnahme – vor allem der Zeitpunkt – wirft viele Fragen auf, die für die angeschlagene Ministerin und den Ministerpräsidenten mehr als heikel sind.

Die verzweifelten Versuche der Koalition – hier in erster Linie die Kollegen Dr. Ralf Stegner (SPD) und Lars Harms (SSW) –, der Opposition Unredlichkeit vorzuwerfen, sind an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Besonders der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, der gegenüber politischen Mitbewerbern ständig anlasslose Lobbyismus-Vorwürfe erhebt, rechtfertigt jetzt in peinlicher Art und Weise einen zutiefst fragwürdigen Vorgang. Herr Dr. Stegner täte gut daran, hier die Maßstäbe für sich selbst gelten zu lassen, die er anderen gegenüber anlegt. Wenn diese Sondervereinbarung angeblich so unproblematisch sein soll, wie es die Herren Dr. Stegner und Harms der Öffentlichkeit weismachen wollen, wieso hat der Ministerpräsident seine Ministerin dann derart hektisch zum Verzicht gedrängt?

Geradezu der Realität entrückt ist die Einlassung der Kollegen Dr. Stegner und Habersaat, es ginge hier um ‚*einen Anspruch auf ein Mindestmaß an sozialer Absicherung*‘. Nach dem Motto: ‚Ein Lehrstuhl sei ja wohl das Mindeste an Belohnung für jemanden, der für die Sozialdemokraten Politik gemacht hat.‘ So redet nur jemand, der das

Land als Selbstbedienungsladen ansieht. Bisher ist es so vorgesehen, dass alle Politiker im Landtag und in der Landesregierung diesen Job lediglich für eine gewisse Zeit ausüben und deshalb gibt es auch entsprechende Regelungen. Wenn Herr Dr. Stegner meint, dass nun für jeden, der Abgeordneter oder Regierungsmitglied auf Landesebene ist, ein Lehrstuhl oder Vergleichbares als Absicherung vorgehalten werden muss, wird es für das Land verdammt teuer.

Die FDP-Fraktion erwartet, dass die Landesregierung die formal offenbar noch immer geltende Sondervereinbarung zwischen der Ministerin und der Universität Flensburg umgehend veröffentlicht. Außerdem wollen wir Einsicht in alle Unterlagen der Landesregierung haben, die einen Bezug zu dem vorliegenden Gesetzentwurf haben. Dass Frau Wende angesichts der Umstände entsprechende Kritik und parlamentarische Reaktionen auslösen, sollte in einer funktionierenden Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein.

Je länger der Ministerpräsident an dieser Wissenschaftsministerin und ihrem unterirdischen Gesetzentwurf festhält, umso schwerer lastet diese Krise auch auf ihm. Der Ministerpräsident muss endlich die Einschlüge wahrnehmen und handeln. Er muss dieses Schmierentheater beenden und einen Neustart bei der Reform zur Lehramtsausbildung ermöglichen. Dafür ist es auch unabdingbar, dass der Ministersessel neu besetzt werden muss. Frau Wende ist nicht mehr tragbar.“